

Matthes, Heinrich

Article — Digitized Version

Währungsunion mit der Peripherie?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Matthes, Heinrich (1992) : Währungsunion mit der Peripherie?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 12, pp. 634-638

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136952>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Heinrich Matthes

Währungsunion mit der Peripherie?

Kritiker behaupten, daß die Europäische Währungsunion eine enorme Arbeitskräftewanderung von der Peripherie ins Zentrum auslösen und den Süden der EG weiter in die Armut treiben wird. Dies muß jedoch nicht notwendigerweise geschehen. Dr. Heinrich Matthes untersucht die Wirkungen der Einheitswährung auf die Regionen und ihre Außenbeziehungen und nennt die Bedingungen, unter denen es zu einem Aufholprozeß an der Peripherie kommen kann.

Zu den für viele überraschenden Ergebnissen der aktuellen Diskussion um die europäische Währungsintegration gehört die prinzipielle Bereitschaft peripherer Länder im Süden, mit den sehr viel höher entwickelten zentralen Regionen des Nordens eine Währungsunion einzugehen. Die zahlreichen Einwände gegen ein solches Vorhaben stützen sich nicht zuletzt auf das historische Beispiel des Mezzogiorno, der noch heute – nach über 100 Jahren nationalstaatlicher Vereinigung mit dem italienischen Norden – alle Merkmale der industriellen Unterentwicklung aufweist. Neben solchen historischen Assoziationen liefert vor allem die traditionelle Mundellsche Theorie des optimalen Währungsraumes¹ den Gegnern einer monetären Integration von Zentrum und Peripherie Abwehrrargumente. Obwohl der Mundellsche „approach“ essentiell statisch ist, in keynesianischer Tradition starres Lohnverhalten unterstellt und insbesondere die räumlichen Effekte der von ihm postulierten Arbeitsmobilität im weiteren Integrationsprozeß völlig vernachlässigt, hat er offenbar bis heute nur wenig von seiner Attraktivität verloren. So wurde er noch in jüngster Zeit von Martin Feldstein für seine Philippika gegen die europäische Währungsintegration benutzt². In der Tat, definiert man – wie Mundell und Feldstein – optimale Währungsgebiete als Regionen, in denen – zum Ausgleich des starren Lohnverhaltens – die Arbeitsmobilität groß sein sollte, so wäre die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Form weit von der Optimalität ihres Währungsraumes entfernt. Pro-Kopf-Einkommensdifferenzen von 5 : 1, wie sie derzeit zwischen Zentrum und Peripherie in der Gemeinschaft bestehen, sind tatsächlich Ausdruck einer geringen Arbeitsmobilität und gehen weit über die Differenzen in unter einer Währung vereinigten Staatsräumen hinaus.

Dr. Heinrich Matthes, 57, ist stellvertretender Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der EG-Kommission. Die hier vertretenen Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Betrachtet man freilich (wie Mundell/Feldstein ganz in klassischer Tradition) die Region als „Behälter“ von Produktionsfaktoren, die es zu maximieren gilt, so versperrt man sich in dieser essentiell statischen Optik die zutreffende Sicht für den europäischen Integrationsprozeß. Nachfolgend wird gezeigt, daß eher die bestehende Mobilitätsdiskrepanz zwischen Arbeit und Kapital der Gemeinschaft die Chance gibt, mit der Peripherie einen einheitlichen Währungsraum aufzubauen, ohne daß es zur „Mezzogiornoisierung“ kommen muß.

Trotz der bestehenden erheblichen Pro-Kopf-Einkommensdifferenzen ist die europäische Peripherie nicht etwa übermäßig wettbewerbsfähig. Dem Lohngefälle entspricht nämlich ein entsprechendes Produktivitätsgefälle. Die Leistungsbilanzen sind denn auch zum herrschenden Wechselkurs grosso modo ausgeglichen.

Wird nun eine Währungsunion zwischen der Peripherie und Kerneuropa angesichts der herrschenden Pro-Kopf-Einkommensdifferenzen eine enorme Wanderung der Arbeiter in Gang setzen, so daß sich der Süden mehr und mehr entleert?

In diesem Zusammenhang hat bereits Lösch darauf hingewiesen: Der Mensch hat keineswegs das Ziel, seinen Geldlohn zu maximieren. Vielmehr will er einen möglichst großen örtlichen Gesamtnutzen erzielen³. Dem interlokalen Vergleich von Reallöhnen stellen sich also fast unüberwindbare Schwierigkeiten entgegen. Die

¹ Vgl. Robert A. Mundell: A Theory of Optimum Currency Areas, in: The American Economic Review, Bd. LI (1961), S. 657-665. Näheres – insbesondere eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Theorie des optimalen Währungsraumes, in: Heinrich Matthes, Alexander Italianer: Ist die Gemeinschaft ein optimaler Währungsraum?, in: Manfred Weber (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur Währungsunion, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991, S. 70-103.

² Vgl. Martin Feldstein: The Case against EMU, in: The Economist vom 13. Juni 1992.

³ August Lösch: Räumliche Ordnung der Wirtschaft, 2. Auflage, Jena 1944, S. 169 ff.

menschliche Gesamtbefriedigung hängt sehr stark von „preislosen Einmaligkeiten“ (Lösch) ab. Wanderungsbewegungen setzen erst ein, wenn die lokalen Nutzenunterschiede die Reisekosten und die sonstigen Umsiedlungskosten überkompensieren. Deshalb wählt der einzelne seinen Standort so, „daß er sich nirgends um so viel wohler fühlt, daß es die Kosten der Übersiedlung und gegebenenfalls der Aufgabe vertrauter Verhältnisse aufwiegt“⁴.

Aufgrund der höchst begrenzten Mobilität der Arbeitskraft kommt es also wegen der Bodenständigkeit der Bevölkerung im Raum zu erheblichen Reallohndifferenzen, die – insoweit sich in ihnen die Bewertung regionaler Präferenzen niederschlägt – durchaus Ausdruck einer Gleichgewichtssituation sind. Besonders groß sind die Mobilitätsschranken bei unterschiedlicher Sprache, Kultur sowie Klimaverhältnissen. So kann es denn auch nur wenig verwundern, daß die europäische Binnenwanderung (netto) von 1970 bis 1979 in der EG (64 Regionen) mit 0,4% der Bevölkerung pro Jahr nur halb so stark war wie in den USA (in 50 Staaten) und von 1980 bis 1985 mit 0,2% sogar weniger als ein Drittel so stark⁵.

Sind die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital nicht wanderungswillig, so wirkt der Zahlungsbilanzmechanismus. Übertrifft die interne Absorption einer Region das regionale Angebot, dann müssen reale Ressourcen importiert werden. Normalerweise tendiert eine Aufholregion zum Leistungsbilanzdefizit: Die gewünschte Ersparnis ist geringer als die geplante Investition. Auch ein geändertes intertemporales Gleichgewicht zwischen Sparen und Konsumieren infolge verbesserter Angebotsbedingungen (Spanien seit 1986, Portugal seit 1988) führt zum regionalen Leistungsbilanzdefizit. Allerdings verhindert der Zahlungsbilanz-, „constraint“ unter Umständen die volle Realisierung solcher Pläne: eine suboptimale Situation.

Die regionale Zahlungsbilanz ist also von großer Bedeutung. Ihr Ausgleich sichert die regionale Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der „tradeable goods“, aber auch der gehandelten Dienste (Tourismus). Verschuldet sich die Region im „Ausland“, so geht die interne Absorption (das verfügbare Einkommen) über das Potential (den supply) hinaus. Freilich gibt es bei nicht beliebig vermehrbare Fremdwährung für solche Ungleichgewichte Grenzen⁶. Auch wenn die Region nicht leistungsbezogenes

Einkommen (also Transfers) erhält, kann sie intern mehr absorbieren. Man braucht sich nur die ehemalige DDR anzusehen, um die ganze Palette solcher Transfers zu ermessen (Arbeitslosenunterstützung, Kurzarbeitergeld, Investitionshilfen, Wohnungsbauförderung und anderes mehr). In der ehemaligen DDR ist – bei sehr großer Mobilität der Arbeit – sicherlich ein kaum noch zu übertreffender absoluter Rekord erreicht worden: Dort sind die Transfers fast so groß wie das BIP. In diesem Ausmaß geht also das verfügbare Einkommen über das marktwirtschaftlich absetzbare, regionale Angebot hinaus. Dies spiegelt sich in einem Leistungsbilanzdefizit entsprechenden Ausmaßes⁷ wider.

Der Zwang zum Ausgleich der regionalen Zahlungsbilanz in nicht beliebig vermehrbare Fremdwährung (asset settlement!) zwingt also die unter nationaler Währung organisierte Region zur laufenden Anpassung der Ansprüche an die begrenzten Ressourcen. Dies wirkt darauf hin, daß die Tragfähigkeit der makroökonomischen Globalrelation (Gewinnquote, Investitionsquote, Konsumquote) erhalten bleibt. So lange es noch nationale Währungen gibt, wirkt also der Zahlungsbilanzmechanismus gleichsam als „unsichtbare Hand“. Freilich bewirkt die dadurch erreichte Koordination – insoweit die induzierten Finanzierungsströme das Optimum unterschreiten – nur ein „second-best“. Bei gegebener Mobilität der Produktionsfaktoren zielt diese Anpassung laufend auf eine Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der unter einer Währung organisierten Region. Damit begrenzt der Zahlungsbilanzmechanismus letztlich auch die Möglichkeiten der Region zur expansiven Fiskalpolitik.

Zahlungsbilanzpolitische Implikationen

Über die Auslandsverschuldungsquote und ihre zahlungsbilanzpolitischen Implikationen paßt sich die unter einheitlicher Währung organisierte Region früher an. (Wirkt dagegen – bei überregionaler Währung – nur der reine Schuldendienstmechanismus, so wird die Anpassung über eine immer größere Unbeweglichkeit auf der Ausgabenseite des regionalen Budgets erreicht. Bis zur dadurch herbeigeführten Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit dauert es allerdings erheblich länger.)

Fällt die Region schließlich immer mehr aus der Wettbewerbsfähigkeit heraus, so wird der Zahlungsbilanzausgleich bei weiter bestehender regionaler Währung ein im-

⁴ A. Lösch, a. a. O., S. 172.

⁵ Vgl. Europäische Wirtschaft, Nr. 44, Oktober 1990, S. 168, Tab. 6.2.

⁶ In diesem Zusammenhang ist von besonderem Interesse, daß nach einer neueren Untersuchung des IWF die Leistungsbilanzdefizite zur Zeit des Goldstandards in der Welt etwa dreimal so hoch waren wie in der Nachkriegszeit (vgl. Tamin A. Bayoumi: Saving investment correlations, IMF Working Paper 89/66) – ein Hinweis darauf, daß unter den Bedingungen der Einheitswährung die grenzüberschreitenden Kapitalströme wohlfahrtssteigernd zunehmen dürften.

⁷ Die Bundesbankpolitik der Sanierung der deutschen Leistungsbilanz der frühen 80er Jahre – sie führte zu einem etwa 5%igen strukturellen Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz – war so gesehen die Voraussetzung der Wiedervereinigung, denn ein Swing in der Leistungsbilanz von 5% des BIP wäre nicht ohne weiteres zu verkraften gewesen. Aber auch so sind die Risikoprämien für die anderen Währungen erheblich abgeschmolzen, und im Ergebnis ergab sich beim langfristigen Zins in Europa eine weitgehende Konvergenz – dies galt jedenfalls bis zur EWS-Krise vom September 1992.

mer größeres Problem. Die Auslandsschuld wird drückend, die Risikoprämien für die Aufnahme von Auslandskrediten steigen, möglicherweise werden auch Abstriche an der Konvertibilität der regionalen Währung vorgenommen. Kommt es schließlich zur Kapitalflucht, so wird letztlich die Anpassung erzwungen. (Freilich sollte die Abwertung der nationalen Währung und die dadurch erreichte Veränderung der relativen Preise der Region möglichst früher erfolgen.) Zumindest temporär wird also die Wirtschaft der Region durch eine Abwertung ihrer Währung wieder wettbewerbsfähig, da die Importverteuerung und der damit herbeigeführte heimische Preisanstieg eine sofortige temporäre Anpassung der Real-löhne erzwingt.

Halten die Arbeitnehmer still, wirkt also die Abwertung und der damit verbundene Terms-of-Trade-Verlust auf die Real-löhne durch, so gewinnt die Region im Ausmaß der Reallohnanpassung wieder an Wettbewerbsfähigkeit. Eine Paritätsänderung zwingt also eine Region zu sofortiger Faktorpreisanpassung. In der keynesianischen Welt starrer Löhne war sie ein prominentes Mittel im Werkzeugkasten der Wirtschaftspolitik. Seit Verschwinden der „Wechselkursillusion“, also seit der wirtschaftspolitischen Revolution der rationalen Erwartungen, gelingt es freilich durch Abwertungen immer weniger, dauerhaft auf die realen Verteilungspositionen einzuwirken. Vor- und Rückwälvungen erzwingen alsbald Preisanpassungen, die den anfänglichen Wettbewerbsvorteil in der Regel wieder zunichte machen. Damit ist die Abwertungswaffe weitgehend stumpf geworden. Der Wirtschaftspolitik bleibt nichts anderes übrig, als die Region durch eine adäquate Makro- und Mikrosteuerung laufend wettbewerbsfähig zu halten.

Auch im Falle der Einheitswährung funktioniert der Zahlungsbilanzmechanismus. Freilich liegen die Anpassungsvorgänge hier nicht so offen, auch wirken sie kontinuierlicher. So entfällt bei Einheitswährung das unter Umständen wie ein Fallbeil wirkende Regulativ des nicht beliebig vermehrbaren Ausgleichsgutes (Auslandsgeld); an seine Stelle tritt die (prinzipiell beliebig vermehrbare) überregionale Währung. Als erste Bedingung ergibt sich hieraus das Postulat, das Europa-Geld laufend knapp zu halten. Geschieht dies nicht, so kommt es – im Rahmen der dann ausgeprägteren regionalen Sonderkonjunkturen – zu starken Verwerfungen, die dann konjunkturell „ausgeschwitzt“ werden müssen. Hieraus ergibt sich für die Preisstabilität bei räumlicher Integration von Zentrum und Peripherie ein viel höherer Stellenwert. Die Vertreter der Peripherie im künftigen europäischen Zentralbankrat haben von daher gesehen an der Preisstabilität ein erheblich größeres (regionales) Interesse.

Innerhalb des Währungsraumes finanzieren die Regionen ihre Zahlungsbilanzdefizite in einem simultanen Prozeß. Die Anpassung der Zahlungsbilanz verlagert sich dabei von spektakulären Ex-post-Aktionen (Paritätsänderung) mehr auf Ex-ante-Mechanismen. Da das regionale Zahlungsbilanzungleichgewicht bei Einheitswährung definitionsgemäß ständig finanziert ist und – sofern die Europäische Notenbank das Geld knapp hält – die Inflation in ungleich geringerem Ausmaß eine alsbaldige Ex-post-Anpassung der regionalen Real-löhne erzwingt, verlagert sich die sonst ex post erzwungene Anpassung der Lohnseite ex ante auf eine freiwillige und viel größere Lohnflexibilität (nach der Produktivitätsregel⁸). Geschieht dies nicht, so kommt es über kurz oder lang zum Ausscheiden regionaler Produktionen und damit – soweit die Arbeit nicht wanderungswillig ist – zu regionaler Arbeitslosigkeit.

Damit berühren wir gleichsam den Böhm-Bawerkschen Lohnfonds. „Die Natur macht keine Sprünge“ (die Lohnquote auch nicht): steigen die Löhne zu sehr, fällt also die Region aus der Wettbewerbsfähigkeit, dann paßt sich die „Menge“, also die Beschäftigung, an. Fällt der Wechselkurs als gelegentliches Anpassungsventil fort, so bedarf es also in der Region auf der Lohnseite zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung einer permanenten Flexibilität.

Verantwortung der Lohnpolitik

Der Regimewechsel in Europa zu mehr Preisstabilität erhöht damit die beschäftigungspolitische Verantwortung der Lohnpolitik und zwingt die europäischen Regionen in eine viel größere Ex-ante-Rationalität. Ex-ante-Rationalität in der Einkommensverteilung bedeutet, daß man von vornherein weitgehend darauf verzichtet, die Tragfähigkeit der makroökonomischen Globalrelationen (Gewinnquote, Konsumquote, etc.) zu stören, so daß inflatorische Vor- und Rückwälvungen minimiert werden. Unter diesen Voraussetzungen kann der Preismechanismus ungestört seine Rolle spielen, die knappen Ressourcen in die optimale Verwendung zu lenken. Inflation als ohnehin nur noch global wirkende Ex-post-Anpassung darf von der Europäischen Zentralbank nicht toleriert werden. Keine der regionalen Gewerkschaften kann im großen europäischen Raum noch damit rechnen, in den möglichst dezentralen Tarifverhandlungen ein genügendes Gewicht zu haben, die Europäische Zentralbank ins akkommodierende Schlepptau zu nehmen. Damit kann also keine der regionalen Gewerkschaften mehr darauf hoffen, ihre lohnpolitischen Fehler anderen anlasten zu können; weder die Europäische Zentralbank noch das Instrument der Wechselkursänderung stehen hierfür noch zur

⁸ Über die Wirkungen der Produktivitätsregel im Wachstumszyklus siehe auch Heinrich Matthes: Beschäftigungsprobleme hochentwickelter Volkswirtschaften, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 178, Berlin 1989, S. 55-73.

Verfügung. „Die Europäische Zentralbank wird zu fern sein, als daß man sie glaubwürdig zum Sündenbock machen kann.“⁹

Unter diesen Umständen verändert sich im großen europäischen Raum der ordnungspolitische Rang der Lohnpolitik. Dies wird von Sievert als so entscheidend angesehen, daß er den optimalen Währungsraum neu definiert: „Optimal ist ein Währungsraum, der nennenswert größer, möglichst mehrfach größer ist als der Raum, für den sich ein wirksames Lohnkartell etablieren läßt.“¹⁰

Die praktische Ausgestaltung der zukünftigen einheitlichen europäischen Geldpolitik wird freilich noch manche Probleme aufwerfen. So hatte das Dominanzmodell – zumindest in der Vergangenheit – den großen Vorteil, daß die Geldnachfrage im Zentrum des EWS sehr stabil war. Auf den Rest des EWS übertrug sich diese Stabilität über feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse und entsprechend gesteuerte Zinsdifferenzen. Zumindest in einer längeren Übergangsphase könnten einer Geldmengensteuerung auf europäischer Ebene angesichts stark unterschiedlicher institutioneller Strukturen und sich möglicherweise ändernder Verhaltensweisen große Probleme erwachsen¹¹. Untersuchungen des IWF, die – bei bestehenden Verhältnissen – die europäische Geldnachfrage als relativ stabil nachweisen, könnten dann in der neuen Situation weniger aussagekräftig sein. Auf jeden Fall verfügt die Geldpolitik über höchst subtile und differenzierte regionale Transmissionszusammenhänge, denen man mit dem abstrakten Gedankenkürzel des monetaristischen Geldmengenmultiplikators keineswegs gerecht wird.

Bedeutet nun der Übergang zur Einheitswährung, daß die Löhne in Portugal nicht schneller wachsen können als im Zentrum? Keineswegs. Wäre das so, dann käme es zu gar keinem regionalen Aufholprozeß. Ein Blick in die Statistiken zeigt denn auch, daß die Reallöhne in den Aufholländern Eur4 (Griechenland, Irland, Spanien und Portugal) pro Beschäftigten von 1961 bis 1973 jährlich um 7% wuchsen, und damit in etwa so stark wie die Produktivität (6,7%). Da dies viel schneller war als im gesamten EG-Durchschnitt (4,6%), kam es in dieser Zeit zu einem starken Aufholprozeß. Erst als in den nachfolgenden Jahren (1974 bis 1979) die Reallöhne der Aufholländer mit 3,9%

erheblich schneller stiegen als die Produktivität (3,1%), kam der Aufholprozeß zum Stillstand¹².

Bleibt die Rentabilität der Peripherie höher als im Zentrum, so sind in Europa gute Voraussetzungen für den regionalen Aufholprozeß gegeben. Trotzdem könnten die Löhne an der Peripherie immer noch erheblich schneller steigen als im Zentrum. Wird zudem der regionale Produktivitätsspielraum nicht voll durch Lohnerhöhungen ausgeschöpft, so könnte die Peripherie – gemessen an den Lohnstückkosten – sogar real laufend etwas gegenüber dem Zentrum abwerten. In diesem Falle wüchse noch der Anreiz, an der Peripherie zu investieren, die Arbeit wandert nicht und der Aufholprozeß funktionierte angesichts der nach Wegfall des Risikozinszuschlags gesunkenen Kapitalzinsen sogar erheblich besser als vorher. Auch aus diesen Zusammenhängen ergibt sich im zukünftigen vereinigten Währungsraum die Notwendigkeit möglichst dezentraler Lohnverhandlungen. Daß dabei die peripheren Gewerkschaften – bei nicht unerheblich höheren Lohnsteigerungen als im Zentrum – den Produktivitätsspielraum im „tradeable-goods“-Sektor nicht voll ausschöpfen sollten, ergibt sich auch schon daraus, daß sonst in der Peripherie – angesichts des höheren Gewichts der produktivitätsschwächeren Dienste – die Preise stärker stiegen als im Zentrum.

Lohnflexibilität an der Peripherie

Bei ausreichend flexiblem Lohnverhalten an der Peripherie stellt sich also im Integrationsraum ein simultanes Gleichgewicht ein, das die regionale Vollbeschäftigung aufrechterhält. Die Flexibilitätserfordernisse an der Peripherie sind freilich sogar noch größer als in den früheren zentralen, nationalen Wirtschaftsräumen, die nach wie vor über einen viel bedeutenderen Finanzausgleich sowie eine aktivere Regionalpolitik verfügen. Auch für das „Abwettern“ asymmetrischer Schocks, für das in Zukunft die regionale Geldpolitik nicht mehr zur Verfügung steht, ist die Peripherie essentiell auf die Lohnpolitik angewiesen.

Eine gesamteuropäische Arbeitslosenversicherung ist nicht geplant, und regionalpolitische Ausgleichsmechanismen soll es nur im Ausmaß der Strukturfonds geben, die keinesfalls zum „bailing out“ einer nicht adäquaten Lohnpolitik an der Peripherie benutzt werden dürfen¹³.

⁹ Olaf Sievert: Geld, das man nicht selber herstellen kann, in: FAZ vom 26. 9. 1992.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Siehe hierzu auch Heinrich Matthes, Jürgen Kröger: Konsequenzen der finanziellen Integration für die Wirtschaftspolitik in Europa, in: Claus Köhler, Rüdiger Pohl (Hrsg.): Währungspolitische Probleme im integrierten Europa, Veröffentlichung des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung, Bd. 29, Berlin 1992, S. 25 ff.

¹² Siehe Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Nr. 1, Januar 1989.

¹³ In bestehenden Föderationen werden nach Schätzungen des MacDougall-Berichtes (EG-Kommission 1977) etwa 30-40% des Einkommensgefälles zwischen den Regionen durch die Funktionsweise der öffentlichen Finanzen (progressives Steuersystem, Sozialleistungen, Zuschüsse im Rahmen des Finanzausgleichs) ausgeglichen. In der Gemeinschaft bleiben die einzelnen Staaten fiskalpolitisch weitgehend autonom. Der implizierte Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Strukturfonds liegt zur Zeit nur bei 0,34% des gemeinsamen Sozialprodukts. Diese Ausgaben sollen im Rahmen des Delors-II-Pakets vor allem durch den Kohäsionsfonds, der zur Finanzierung von Vorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehrsstruktur in Spanien, Portugal, Griechenland und Irland dienen soll, nochmals um etwa 0,11% aufgestockt werden.

Das erhöht das Flexibilitätserfordernis an der Peripherie. Verhalten sich die Löhne flexibel – beispielsweise mit einem (gemessen an der Produktivität) unterproportionalen Lohnanstieg –, wäre alles in Ordnung. Das Kapital flösse sogar wegen des Wegfalls der nationalen Risikoprämie wahrscheinlich viel bereitwilliger an die Peripherie.

Bei weitgehend immobilier Arbeit, flexiblem Lohnverhalten und voll mobilem Kapital – also im Zeichen der Mobilitätsdiskrepanz – ist eine „Mezzogiornisierung“ der Peripherie wenig wahrscheinlich. Wegen der weiter bestehenden Sprach-, Kultur- und Klimaunterschiede im Integrationsraum ist die Mobilität der Arbeit ungleich geringer als in einheitlichen Staatsräumen, beispielsweise Italien. Dort verhinderte eine ständige enorme Süd-Nord-Wanderung die ausreichende Lohndifferenzierung. Der Anreiz zur Südwanderung des Kapitals kam dadurch nie voll zum Tragen. Die Alternative war eben nicht ein hohes Lohnniveau im Norden und ein durch das Existenzminimum begrenztes Lohnniveau im Süden, sondern über lange Zeiten hinweg ein ständiger wanderungsbedingter Druck auf die Nordlöhne, die deshalb nie genug stiegen, um die Unternehmen zur Südwanderung zu veranlassen.

Nach solchen Erkenntnissen kommt man freilich zu dem fatalen Ergebnis, daß angesichts der offiziellen Politik des Aufholens der ostdeutschen Löhne zusammen mit der hohen Mobilität der ostdeutschen Arbeiter (und bei nicht vorhandenen Sprach-, Kultur- und Klimabarrieren) die „Mezzogiornisierung“ Ostdeutschlands zu einem akuten Problem zu werden droht.

Schlußfolgerungen

Die vorstehenden Argumente führen hinsichtlich der Währungsunion zwischen Zentrum und Peripherie zu folgenden Ergebnissen:

□ Eine hohe Mobilität der Arbeitskraft – von Mundell/Feldstein zu einer Voraussetzung der optimalen Währungszone erklärt – ist für die Integration von Zentrum und Peripherie in Europa eher von Nachteil. Bei ausreichender Mobilität des Produktionsfaktors Kapital und bei flexiblen Löhnen wird vielmehr eine weitgehende Immobilität der Arbeit – also die Mobilitätsdiskrepanz – zur Voraussetzung dafür, daß sich die europäische Peripherie angemessen entwickelt. Nur unter solchen Umständen werden nämlich die peripheren Gewerkschaften in ihren möglichst dezentralen Lohnverhandlungen die notwen-

dige Flexibilität an den Tag legen müssen. Bei Mobilitätsdiskrepanz schafft sich Europa als Raum mit hohem finanziellen Integrationsgrad die wesentlichen Voraussetzungen für den optimalen Währungsraum gleichsam von selbst¹⁴. Die essentiell statische Mundellsche Theorie verkehrt sich damit bei ausreichender Flexibilität der Lohnkosten bei etwas längerfristiger Betrachtung in bezug auf die Arbeitskraft eher in ihr Gegenteil. Nicht eine hohe, sondern eine niedrige Arbeitskräftemobilität qualifiziert ein raumwirtschaftliches System von Kern und Peripherie mit sehr unterschiedlichen Pro-Kopf-Einkommen zur Einheitswährungszone.

Nach Einführung der Einheitswährung können die peripheren Regionen ihren wichtigsten Wettbewerbsvorteil – niedrige Lohnkosten – unbeeinflusst von den bisherigen gravierenden Nachteilen der Wechselkursunsicherheit einsetzen. Der damit einhergehende Abbau erheblicher Risikoprämien wirkt als zusätzliche Investitionsstimulanz.

□ Bei vernünftigem Lohnverhalten der Peripherie kann sich darüber hinaus die Standortgunst weiter verbessern. Trotz erheblich höherer Lohnabschlüsse als im Zentrum könnte nämlich die Peripherie – gemessen an den Lohnstückkosten – gegenüber dem Zentrum bei den handelbaren Gütern sogar noch laufend etwas an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Bei weitgehend immobilier Arbeit und vorsichtigem Aufholen der Löhne spricht also im Zeichen der unbeschränkten Kapitalmobilität alles für einen raschen Aufholprozeß der Peripherie.

□ All diese Voraussetzungen waren und sind allerdings im Falle Ostdeutschlands nicht vorhanden. Ökonomisch gesehen war also die ehemalige DDR – wegen der hohen potentiellen Mobilität der Arbeit (und der daran ausgerichteten Politik der Gewerkschaften) – zum Eintritt in die Währungsunion mit der D-Mark wenig geeignet. Hier droht in der Tat die „Mezzogiornisierung“.

□ Bei vernünftigem Lohnverhalten der Gewerkschaften und geringer Mobilität der Arbeit wird also die Peripherie vom Wegfall des Risikozinszuschlages und von der unbeschränkten Kapitalmobilität in der EG erheblich profitieren. Die Kosten des Wegfalls des Wechselkursinstruments zum „Abwettern“ asymmetrischer Schocks dürften davon bei weitem übertroffen werden, zumal sich der intra-industrielle (brancheninterne) Handel im Integrationsprozeß schnell ausweitet, was die Produktdiversifizierung erhöht und die Anfälligkeit gegenüber solchen Schocks vermindert. Zugleich kommt es im Integrationsraum zu einem die Angebotsbedingungen stärkenden Wettbewerb der Standorte. Der optimale Währungsraum realisiert sich also bei solchen Voraussetzungen durch die politische Setzung im dynamischen Prozeß.

¹⁴ Auf die Rolle des finanziellen Integrationsgrades für den optimalen Währungsraum wurde erstmals von Ingram hingewiesen. Vgl. James C. Ingram: Comment: The Currency Area Problem, in: Robert A. Mundell, Alexander Swoboda (Hrsg.): Monetary Problems of the International Economy, Chicago, London 1969, S. 95-100.